



mit 662 Millionen Euro gut gefüllten Rücklagenpotenzial bei den Stuttgarter Verkehrs- und Versorgungsbetrieben (SVV) zurückgreifen.

Die 2002 an die EnBW übergegangenen beiden Drittelanteile an der Bodensee- und Landeswasserversorgung werden nicht in die neue Wassergesellschaft übernommen: Sie sollen wieder vollständig in den Besitz der Landeshauptstadt übergehen. Damit will man der EU zuvorkommen: Nach dem Brüsseler Vergaberecht müssen Konzessionsverträge für die Wasserversorgung europaweit ausgeschrieben werden. Ausgenommen von der Ausschreibungspflicht sind nur Verbände, die sich ganz in kommunaler Hand befinden. Die aus Brüssel drohende Gefahr für die beiden kommunalen Zweckverbände war für die Stadt vor einem Jahr der Anlass, Gespräche mit der EnBW aufzunehmen. "Unsere Manager hängen nicht an den Zweckverbandsanteilen, weil damit nichts zu verdienen ist", heißt es in Arbeitnehmerkreisen.

Die Verhandlungen mit Stuttgart sind bis heute nur einem eingeschränkten Kreis von Eingeweihten bekannt. Mancher Mitarbeiter der Stuttgarter Regional AG kann sich aber nun erklären, warum "von oben immer wieder genaue Zahlen über die im Wassernetz vorgenommenen Investitionen verlangt wurden". Als Grund für den Wissensdurst sei erwähnt worden, dass man die Informationen brauche, um gegen die Stadt zu punkten.

Offen ist noch, ob dem Energieriesen die bei den Verhandlungen mit der Rathauspitze erreichte Punktzahl genügt. Darüber will der Vorstand am 17. März beraten. Das Wassergeschäft ist im Vergleich zu Gas und Strom dritt-rangig. Im Fall Stuttgart gilt ein Entgegenkommen aber als wichtige, weil möglicherweise geschäftsfördernde Maßnahme: Schließlich laufen 2013 auch die EnBW-Konzessionsverträge in Sachen Gas und Strom mit der Stadt aus, die der Konzern unbedingt behalten will. Offiziell ist aus der Konzernzentrale aber nichts zu hören: "Zu laufenden Verhandlungen geben wir keine Stellungnahmen ab", heißt es knapp.

## Kommentar

Von Wolfgang Schulz-Braunschmidt

### Saubere Sache

Stuttgart - Die Kunde, die aus den Reihen der Energie Baden-Württemberg (EnBW) und der Stadtverwaltung zu hören ist, klingt gut: Das Stuttgarter Trinkwassernetz soll wieder in kommunale Hand - wenigstens zur Hälfte.

Die zwischen der Stadt und Energiekonzern noch bestehenden Differenzen in der Preisfrage sollten sich ausräumen lassen. Das Geschäft dürfte bei den Stuttgartern auf Zustimmung stoßen. Denn die zuerst von der SPD und später auch von den Grünen im Gemeinderat erhobene Forderung nach dem Rückkauf des Wassernetzes entspricht dem politischen Trend. Beim Bürger hat die Sicherung der kommunalen Daseinsvorsorge längst höchste Priorität. Das gilt nicht nur für die Müllabfuhr, sondern vor allem für die Versorgung mit dem wichtigsten Lebensmittel - mit sauberem Trinkwasser.

Dem Hang zur Privatisierung kommunaler Netze hat spätestens die weltweite Finanzkrise mehr als einen Dämpfer versetzt. Das haben auch Oberbürgermeister Wolfgang Schuster, der bei Wassergeschäften - Stichwort: Cross-Border-Leasing - gerade herbe Rückschläge einstecken musste, und die CDU-Fraktion erkannt und sich mit einem Vorkaufsrecht für das Netz noch ins Gespräch gebracht.

Das weltweite Finanzdesaster hat die Anstrengungen zum Rückkauf des Stuttgarter Wassernetzes aber nur beschleunigt. Auslöser der Verhandlungen war das für beide Seiten unerfreuliche Vergaberecht der Europäischen Union, das wegen des privaten Anteilseigners EnBW die Existenz der Wasserzweckverbände bedroht. Deren Zukunft wäre mit der geplanten Rückkehr in den Schoß der Stadt gesichert. Zudem hat der Rückkauf des halben Netzes noch vor der Gemeinderatswahl am 7. Juni für den Kämmerer und CDU-Kreischef Michael Föll einen besonderen Charme. Denn mit erfolgreichen Wasserspielen könnten die Christdemokraten die Forderung der SPD erfüllen und den Genossen gleichzeitig en passant ein Topthema im bevorstehenden Wahlkampf wegnehmen.

Die Mitarbeiter der EnBW, die das Versorgungsnetz gut betreuen, dürften mit dem Vorschlag zum Rückkauf ebenfalls zufrieden sein: Da ihr Unternehmen den Stuttgartern weiter das Wasser reichen soll, dürfte es auch keine "Wasserwerke Stuttgart" mit schlechter bezahlten Jobs geben. Und die EnBW-Spitze hegt die Hoffnung, durch Wohlverhalten in Sachen Wasser bei der 2013 anstehenden Vergabe der städtischen Konzessionen für die Gas- und Stromlieferung besser als die Konkurrenz dazustehen. Überall also Gewinner und Hoffnungsträger. Jetzt muss nur noch der letzte Knopf dran.

2009-03-13-SWF-Wasser-STZ-Stuttgart will Wassernetz kaufen